

Der Zentralausschuss der Österreichischen Post AG stellt an den Bundesvorstand der GPF am 25.10.2011 den Antrag auf Beschlussfassung von möglichen Streikmaßnahmen

Der Postvorstand hat in den vergangenen Wochen und Monaten in nahezu allen Bereichen des Unternehmens unzumutbare Maßnahmen gesetzt, die zu unerträglichen Auswirkungen für die MitarbeiterInnen geführt haben.

Nicht nur, dass MitarbeiterInnen aus dem Filialnetz auf Grund der massiven Postämterschließungen gegen ihren Willen bundesländerübergreifend dienstzugeteilt und sogar versetzt wurden, werden nunmehr auch langjährige Angestellte und Beamte (über den § 14 nach BDG) ausschließlich aus Kostengründen aus dem Unternehmen gedrängt.

Ein solches Vorgehen ist unakzeptabel, daher hat es seitens des Zentralausschusses in den vergangenen Monaten zahlreiche Gesprächsversuche mit den Vorständen gegeben, um diese Missstände abzustellen.

Weiters droht ein Scheitern der laufenden Verhandlungen in der Division Brief und damit ein Auslagern von Tätigkeiten an die FEIBRA oder andere Privatfirmen.

In den bisherigen Stellungnahmen des Vorstandes der Österreichischen Post AG wurden keine der oben angeführten Maßnahmen ausdrücklich zurückgenommen. Zudem bestehen nach wie vor Zustände, die aus Sicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht akzeptiert werden können. Weiters ist auf Grund der bisherigen Vorgangsweise im Filialnetz zu befürchten, dass ähnliche Verhaltensmuster auch bei den bevorstehenden Umstrukturierungen in der Briefzustellung zu erwarten sind.

Der Zentralausschuss der Österreichischen Post AG stellt daher nachstehenden Antrag an die Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten:

ANTRAG

Der Bundesvorstand der Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten möge am 25.10.2011 beschließen, dass die GPF beim ÖGB-Vorstand den Antrag auf Durchführung von Streikmaßnahmen zur Abwehr der vom Vorstand der Österreichischen Post AG geplanten Maßnahmen und zum Abstellen vorherrschender Missstände stellt.

Das Ziel möglicher Streikmaßnahmen ist:

- Die Verhinderung der drohenden Kündigung von hunderten Angestellten
- Frühpensionierungen von Beamten gegen deren Willen abzustellen
- Auslagerungen von Tätigkeiten in der Brief- und Paketzustellung sowie der Güterbeförderung an Private zu verhindern
- Auslagerungen von Tätigkeiten an die FEIBRA oder andere Privatfirmen abzuwehren
- Ausreichend Personal für die steigenden Anforderungen der Zukunft zu erwirken
- Einkommenskürzungen zu verhindern
- Verbesserungen innerhalb des neuen Kollektivvertrages zu erreichen
- Eine menschenwürdige Behandlung und einen fairen Umgang mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern durchzusetzen

Wien, am

Für den Zentralausschuss:
Helmut Köstinger
Vorsitzender